



## Anfrage

<b>Vorlage-Nr.:</b>	AF/0019/2012		<b>Datum:</b>	12.03.2012
<b>Verfasser:</b>	04-BIZ-Ratsfraktion	<b>Az:</b>		
<b>Gremienweg:</b>				
<b>23.03.2012</b>	<b>Stadtrat</b>	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	ohne BE	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	abgesetzt	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	geändert	<input type="checkbox"/>
	TOP	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>
	öffentlich	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen	<input type="checkbox"/>
<b>Betreff:</b>	<b>Anfrage der BIZ-Fraktion zum Thema PPP-Modell als Grundlage der Verträge zwischen FMKK und der Stadt Koblenz beim Projekt Zentralplatz</b>			

Begründung/Erläuterung:

Zur Sitzung des Stadtrates am 02.02.2012 hat die BIZ-Fraktion eine Anfrage zu einer möglichen Einleitung eines Interessenbekundungsverfahrens zur Privatisierung des Kulturbaus (Vorlage AF/0010/2012) eingebracht.

Hintergrund dieser Anfrage ist die dramatische Haushaltssituation der Stadt Koblenz. Deswegen stellt sich aktuell und für lange Zeit in der Zukunft die Frage, in welchen Bereichen Einsparungen vorgenommen werden können bzw. müssen.

In ihrer schriftlichen Antwort vom 03.02.2012 hat die Verwaltung das Bestehen eine Verpflichtung zur "Realisierung" des Kulturgebäudes bejaht.

Zur weiteren Begründung des Bestehens dieser Verpflichtung über die vertraglichen Regelungen hinaus bezieht sich die Verwaltung auf den "Grundgedanken des PPP-Modells", bei dem "Leistung und Gegenleistung von den Vertragspartnern erbracht einvernehmlich wird...." (so das Original Zitat aus der Stellungnahme der Verwaltung).

Hinter Public-Private Partnerchip steckt die Idee, dass anstelle der Öffentlichen Hand ein privater Investor die meist Millionen teure Maßnahme finanziert, diese plant, baut und nach Bedarf auch betreibt. Öffentliche Hand, Großbanken und Großindustrie (vor allem Großbauindustrie) sind heute die Interessenträger von PPP. So haben sich diese Interessenträger in der "Partnerschaften Deutschland - ÖPP Deutschland AG" zu einer Förderinstitution und Beratungsfirma für PPP zusammengeschlossen. Diese Beratungsfirma zur Förderung von PPP berät Kommunen unentgeltlich vorab, ob sich ein Projekt für PPP grundsätzlich eignet. Von dort können Interessenten vor Beginn genau erfahren, ob das Modell PPP kostengünstiger als andere Lösungsmöglichkeiten ist. Die Kommunen sind grundsätzlich dazu verpflichtet, diesen Verfahrensweg einzuhalten. (Siehe Zeitschrift "Impulse" Februar 2012 "Die Selbstbediener", Seite 16 ff.). Auch wenn die sog. Effizienzrechnungen der Beratungsfirma "Partnerschaften Deutschland - ÖPP Deutschland AG" von Experten sowie Rechnungshöfen kritisch beurteilt werden, geben sie den Entscheidungsträgern in den Kommunen wichtige Argumente und Fakten an die Hand. Auf

Grundlage dieser Daten erlangen die Kommunen u. a. einen fundierten Preis- und Kostenüberblick und können aus einer ungleich stärkeren Position mit ihren PPP Partnern über Preise und Konditionen verhandeln.

Ziel dieser Anfrage ist es festzustellen, ob die Stadt Koblenz vor Eingehen einer PPP beim Projekt Zentralplatz entsprechende voraus laufende Untersuchungen angestellt hat, um klare Alternativen in den Verhandlungen mit ECE/Züblin in der Hand zu haben. Besonders auffällig ist das Fehlen eines Nachweises, wie viel der veredelte Rohbau (aktuell €49 Mill.) bei einer marktüblichen Ausschreibung gekostet hätte. Es kann nach der Lebenserfahrung unterstellt werden, dass mit diesem Wissen bessere Preise und Konditionen beim Projekt Zentralplatz zu erzielen gewesen wären.

Die BIZ-Fraktion fragt daher an:

1. Liegt den Verträgen zwischen FMKK und Stadt Koblenz beim Projekt Zentralplatz vom Sommer 2010 tatsächlich ein sog. Public-Private Partnerchip (PPP) zu Grunde?
2. Hat die Stadt im Sommer 2010 vor der Entscheidung über die geänderten Verträge, insbesondere dem Werkvertrag zur Errichtung des veredelten Rohbaus, eine unabhängige kompetente Überprüfung durchgeführt, um mit Hilfe von Vergleichsrechnungen über alle Bereiche festzustellen, wie wirtschaftlich dieses Modell PPP überhaupt ist?
3. Welche konkreten Leistungen und Gegenleistungen erbringen die Partner FMKK auf der einen Seite und die Stadt auf der anderen Seite im Rahmen der PPP?